

Platz abbeck

Nr. 7, 18. September 2007

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Keine Zweitwohnungssteuer für junge Menschen im freiwilligen sozialen Jahr

DIE LINKE. KÖLN lehnt die Kölner Zweitwohnungssteuer entschieden ab. Sie ist ursprünglich für Touristenorte gedacht, in denen besser Verdienende eine Zweitwohnung besitzen. Diese steuerlich zu veranlagern macht Sinn. In Köln trifft die Zweitwohnungssteuer aber vorwiegend Menschen mit niedrigen Einkommen.

Auch wenn wir diese Zwangsbesteuerung ablehnen, kämpfen wir für Veränderungen, um so wenigstens die schlimmsten sozialen Ungerechtigkeiten zu verhindern. Einen solchen Fall veröffentlichte Ende August der Express. Ein Vater mietete für seine Tochter, die die Köln ein soziales Jahr ableistet, für einige Monate eine Wohnung. Sonst müsste die Tochter in der Woche sehr große Fahrtwege zurücklegen. Die Verwaltung lehnte eine Ausnahmeregelung ab. Das soll in Köln kein Einzelfall sein. Deswegen hat DIE LINKE. KÖLN dieses Thema auf die aktuelle Ratssitzung gebracht.

Die Ableistung eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres oder der Zivildienst sollten Ausnahmetatbestände für die Zweitwohnungssteuer werden. Denn hier arbeiten junge Menschen für sehr wenig Geld im Dienste des Allgemeinwohls. Ihren Lebensunterhalt können sie nicht alleine vom verdienten Geld bestreiten. Sie werden in der Regel von ihren Eltern unterstützt. Diese jungen Menschen bzw. deren Eltern mit zusätzlichen Kosten zu bestrafen, widerspricht fundamentalen Gerechtigkeitsgrundsätzen. Denn sie leisten schon unterbezahlt Arbeit für die Allgemeinheit.

Deswegen hat DIE LINKE. KÖLN einen Antrag gestellt, dem Rat eine Übersicht der Ausnahmetatbestände von der Zweitwohnungssteuer in den anderen Kommunen vorzulegen. Außerdem soll die Verwaltung dem Rat eine Formulierung vorlegen, mit dem die Satzung geändert werden kann. Künftig sollen weder Zivildienstleistende, noch Menschen, die ein soziales oder ökologisches Jahr ableisten, Zweitwohnungssteuer bezahlen müssen. *Jörg Detjen*

SBK: Städtischer Betrieb will Lohndumping selbst durchführen

Die Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK), die Senioren- und Behinderten-Einrichtungen betreiben, wollen eine Tochtergesellschaft gründen, um durch diese die Reinigungsleistungen erledigen zu lassen. Dies sieht eine Verwaltungsvorlage für die Ratssitzung am 18.9. vor, die von den etablierten Parteien SPD, CDU, Grüne und FDP unterstützt wird. Bisher wird die Reinigung bei den SBK durch Privatfirmen vorgenommen. Sehen Stadt und Parteien endlich ein, dass Privatisierung und Lohndumping schädlich sind? Keineswegs.

Die SBK wollen das Lohndumping lediglich selbst organisieren. Statt dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, der für die Muttergesellschaft SBK gilt, soll der niedrigere Tarifvertrag für die Gebäudereinigung angewendet werden. Im Vergleich

zur Vergabe an Fremdfirmen erhoffen sich die SBK Einsparungen von 155.000 Euro im Jahr, auf der Grundlage, dass man genauso niedrige Löhne bezahlt wie die Privaten.

In ihrer Begründung schreibt die Verwaltung, dass es „Synergieeffekte“ freisetzen würde, wenn man die Reinigung nicht mehr an Private vergibt, sondern selber erledigt. Dies würde ein „verbessertes Schnittstellenmanagement“ zur Folge haben, es gäbe „klare Ansprechpartner“, „klare Verantwortung und Zuständigkeiten“, „verbessertes Fehlermanagement“ und „gemeinsame Nutzung der Infrastruktur“ sowie „gemeinsamen Einkauf von Reinigungsmaterial“. Stimmt alles – und trifft auf jede andere Privatisierung zu. Interessant ist, dass hier zugegeben wird, dass es bei einer Fremd-

Oskar Nolze – ein Urgestein des Kölner Rates

Am Montag, den 10. September, feierte Oskar Nolze seinen 99. Geburtstag. Oskar Nolze saß von 1946 bis 1952 für die KPD im ersten Kölner Stadtrat. Er ist das einzige noch lebende Mitglied dieses ersten Rates. In dieser Eigenschaft empfing ihn zu seinem 95. Geburtstag im Jahr 2003 Oberbürgermeister Schramma im Rathaus.

Schon früh war Oskar Nolze leitend im Schwimmsport tätig. Während der Zeit des Nationalsozialismus schützten ihn seine Sportsfreunde vor der Inhaftierung. Weil Oskar dem Präsidium des „Komitees für Einheit und Freiheit im deutschen Sport“ angehörte, saß er zusammen mit dem legendären Rennfahrer Manfred von Brauchitsch in der Adenauer-Republik zehn Monate in Untersuchungshaft. Vor dem Prozess wegen „Hochverrats, Staatsgefährdung und Geheimbündelei“ flohen die beiden 1955 in die DDR. Nach der Amnestie für die als Kommunisten Verfolgten kehrte er 1969 nach Köln zurück. Hier schloss er sich zunächst der DKP an und trat schließlich 2002 aus politischen Gründen zur PDS über. Heute ist er Mitglied im Kölner Kreisverband der Linken.

Jörg Detjen und Michael Kellner gratulierten ihm im Namen der Fraktion Die Linke.Köln und des neu gegründeten Kreisverbandes der Kölner Linken. *Michael Kellner*



2003:
Oberbürgermeister Schramma und Oskar Nolze

Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten: Jetzt!

Politische Gleichberechtigung muss am Anfang jeder gelungenen Integration stehen!

Folgende Resolution wurde im März vom Integrationsrat verabschiedet. Der Rat wird sie am 18. September mit den Stimmen der LINKEN. KÖLN die Resolution unterstützen:

Nur wer die Möglichkeit hat, sich durch die Wahl seiner Vertreterinnen und Vertreter der Politik vor Ort zu beteiligen, wird ernst genommen. Diese Menschen sind dann nicht mehr Objekte des politischen Handelns, sondern gestalten das Leben in ihrem Umfeld aktiv mit.

Nicht jede Migrantin und jeder Migrant, die/der schon seit vielen Jahren in Deutschland lebt, kann oder will aber die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen oder kann dies nur unter erschwerten Bedingungen tun.

Deshalb fordern wir das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten, sie sich seit mindestens 5 Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1990 entschieden, dass ein kommunales Wahlrecht auch für Migrantinnen und

Migranten nach einer Änderung des Grundgesetzes möglich ist.

Der Europarat mit seinen 43 Mitgliedsländern fordert seit Jahren, allen Ausländern mit legalem Aufenthaltsrecht, unabhängig von der Nationalität das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene zuzusprechen. Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau hat bereits im Jahr 2003 gesagt:

„Es ist falsch, dass wir ein kommunales Wahlrecht haben, das die Mehrheit der bei uns lebenden Ausländer ausschließt, nämlich die türkischen Mitbürger, die nicht mitwählen dürfen, weil und so lange die Türkei nicht zur Europäischen Union gehört. Ich glaube, dass man Wege finden müsste, damit auf der kommunalen Ebene alle dauerhaft hier lebenden Ausländer das Wahlrecht haben – das kommunale Wahlrecht ...“

Das kommunale Wahlrecht für alle lange hier lebenden Migrantinnen und Migranten ist jetzt durch den Koalitionsvertrag zw-

ischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene wieder in das Bewusstsein der Politik gerückt worden. Es muss jetzt darum gehen, den Prüfauftrag aus dem Koalitions-

vertrag in eine offensive Politik umzuwandeln, NRW sollte dabei an der Spitze stehen. In der Integrationsoffensive NRW hat sich im Jahr 2001 die Mehrheit der im Landtag vertretenen Parteien für das kommunale Wahlrecht ausgesprochen.

Eine demokratische Bürgergesellschaft kann es sich

auf Dauer nicht leisten, einen großen Teil ihrer Mitglieder von den elementarsten Mitwirkungsrechten auszuschließen.

Deshalb:

Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten - Jetzt!



Fortsetzung von Seite 1

vergabe keine klare Verantwortung und Ansprechpartner gibt.

Die Gründung einer Tochter-GmbH für den Reinigungsservice ist allerdings keine Garantie dafür, dass die Arbeiten in Zukunft öffentlich betrieben werden. Der Service-Gesellschaft fehlt sogar das einschränkende „g“ für „gemeinnützig“. Ein so verfasstes Unternehmen darf ohne Einschränkung profitorientiert arbeiten.

Besonders attraktiv dürfte die Service GmbH sein, weil sie leicht auf andere städtische Beteiligungsbetriebe ausgedehnt werden kann, z.B. auf die Kliniken.

Bald werden sich private Investoren für dieses Unternehmen interessieren, das eng mit öffentlichen Auftraggebern verzahnt ist und damit einen oder mehrere garantierte Großkunden hat. Die Geschäftsführer der neuen Gesellschaft werden diesen Prozess vorantreiben, winken doch bei einer Privatisierung weitere Gehaltssteigerungen – für die Geschäftsführer, nicht für die anderen Beschäftigten, versteht sich.

Die Leitung der SBK betätigt sich schon länger als Vorreiter in Sachen öffentlichen Lohndumpings. Durch den verstärkten Einsatz von 1-Euro-Jobbern wurden die Kosten der SBK schon in den letzten zwei Jahren gesenkt. 2006 konnten die SBK mehr Pflagegäte abrechnen, hatten aber nur geringe Erhöhungen der Personalkosten. Der gestiegene Gewinn der SBK basiert zum Teil auf dieser Ausbeutung durch 1-Euro-Jobs.

Der ganze Wahnsinn des städtisch organisierten Lohndumpings wird deutlich, wenn man sich den Bericht „Entwicklung der Ausgaben für Sozialtransferleistungen“ anguckt, der dem Finanzausschuss des Rates am 27.8. dieses Jahres vorgelegt wurde. Darin wird aufgezeigt, dass alle Haushaltskürzungen wenig bewirken, da die Sozialausgaben immer weiter steigen, weil a) die Massenarbeitslosigkeit weiter existiert und b) „der Anteil der Hilfeempfänger zunimmt, die trotz Berufstätigkeit kein bedarfsdeckendes Einkommen erzielen“.

Informationspolitik der LINKEN verzögert Entscheidung

Nachdem DIE LINKE. KÖLN die Presse auf die Pläne der SBK aufmerksam gemacht hat, wurde die Vorlage aufgrund des Informationsbedarfes der SPD geschoben. Das vergrößert das Zeitfenster, um gegen diese Politik zu kämpfen. DIE LINKE. KÖLN wird dranbleiben!

„Die Zunahme von Mini-Jobs und der durch den harten Wettbewerb bedingte Lohnverfall im Dienstleistungssektor führen zu einer Zunahme der Fälle, in denen aufstockend Hilfe zu gewähren ist – in aller Regel zu Lasten der Kommune.“ heißt es dort. Die SBK „sparen“ am Lohn, am Ende bezahlt es ohnehin die Stadt und die

Etablierten jammern über „zu hohe Sozialausgaben“: diese Idiotie auf Kosten der arbeitenden und arbeitslosen Menschen und der Nutzer öffentlicher Dienstleistungen muss beendet werden.

Die von der SBK betreuten Menschen hätten es verdient, dass sie von motivierten, ausgebildeten Kräften fachlich und hauswirtschaftlich betreut werden. Wir schlagen vor, im Bereich der Betreuung von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen Fachkräfte auszubilden und dort nur tariflich bezahlte, qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen.

DIE LINKE.KÖLN fordert, dass die Reinigung wieder in eigene Hände genommen wird. Diese Leistungen sollen durch die SBK gGmbH selbst erbracht werden, auf der Grundlage des geltenden Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes. Dieser ist – gerade in den unteren Lohngruppen – keineswegs gut, aber besser als der Tarifvertrag der Gebäudereinigung.

Eine weitere Aufspaltung in verschiedene Gesellschaften lehnen wir ab. Vor zwei Jahren haben wir uns im Rat gegen die Umwandlung der SBK in eine gGmbH ausgesprochen und gefordert, dass diese bei der Stadt verbleiben. Wir fordern heute, dass die Ausgründung rückgängig gemacht wird. Die Gründung von privatrechtlich organisierten Gesellschaften führt lediglich zur Einschränkung der öffentlichen Kontrolle und zu höheren Ausgaben für die Geschäftsführung.

Claus Ludwig

Aus den Ausschüssen:

■ Allg. Rechtsfragen und Verwaltung

Skaten auf dem Roncalli- platz – Skateranlage muss jetzt sein!

SPD und Grünen haben das Projekt einer Skateranlage torpediert. Seit Jahren befasst sich der Rat mit dem Skaten auf dem Roncalliplatz. DIE LINKE hatte vor Monaten Gespräche mit Vertretern der Skater geführt. In deren Reihen war ein Konzept für eine Ska-



teranlage entstanden. Klar war aber, dass eine solche Anlage keine Alternative zum Skaten auf dem Roncalliplatz darstellt. Skater sind Fußgänger wie Du und ich und können nicht aus dem öffentlichen Raum vertrieben werden. Die Polizei kann nur dann einschreiten, wenn eine Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer besteht.

Jörg Detjen hatte damals im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen die Verwaltung gebeten, Gespräche mit den Skatern zu führen. Auch die Polizei hatte bereits Gespräche aufgenommen. Aus diesem Diskussionszusammenhang war dann das Projekt der Skateranlage entstanden mit der Zielsetzung, eine gute Freizeiteinrichtung zu schaffen und den Roncalliplatz zu entlasten.

Dabei hat DIE LINKE mehrfach deutlich gemacht, dass sie von Rot-Grün erwartet, dass gleichzeitig ein Skaterverbot auf dem Roncalliplatz nicht mitgetragen werden darf. Gerade in der SPD gibt es für ein solches Verbot aber zahlreiche Stimmen.

Nachdem dann die Verwaltung eine Vorlage auf den Tisch legte, die sowohl mit den Skatern wie mit der Polizei abgestimmt war, torpedierte die SPD die Vorlage. 1 Millionen Euro sollte die Anlage kosten. 800.000 Landesfördermittel und 200.000

Euro aus dem Jugendetat. „Das könne besser in den Stadtbezirken verwendet werden“, war ein Argument, das immer richtig ist. Und: eine 5 Meter hohe Mauer für die Claudiustherme sei nicht zu akzeptieren. Die Grünen suchten die Flucht nach vorne und forderten das Recht, auch weiterhin auf dem Roncalliplatz zu skaten.

Damit ist das Projekt erst einmal gestorben. Die Gefahr ist groß, dass die Skater über kurz oder lang trotzdem von den Plätzen gefegt werden sollen.

Sie könnten den Kürzeren ziehen, wenn z.B. der Belag auf dem Platz durch Kopfsteinpflaster ersetzt würde. Dann schmelzen wahrscheinlich auch die Grünen dahin: für die Entseigerung von Flächen und das Sprießen von Unkraut zwischen den Backsteinen ...

Also aufgepasst, Skater! Informiert unsere Fraktion, sobald sich in diese Richtung etwas tut!

Jörg Detjen

■ Sportausschuss

Stadionausbau - Zahlt die Stadt wieder drauf?

Ende August meldete der KSTA, der „1. FC Köln hat 23.500 Dauerkarten verkauft, alle 2.500 Logen und Business-Seats auf der Westtribüne sind verkauft. Deshalb entschließt sich das Management des Zweitligisten dazu, für die Edelfans in der Nordtribüne eine Erweiterung vorzunehmen. Die zusätzliche Fläche für Business-Kunden soll zum Beginn der Rückrunde zur Verfügung stehen.“

Die Geschäftsleitung des Stadionbetreibers Sportstätten GmbH erklärte auf Anfrage der LINKEN. KÖLN, dass für die Kosten der „Erweiterung“ eine „Mischfinanzierung“ geplant sei, von der das städtische Unternehmen ein Drittel übernehmen soll. „Die hierfür benötigten Mittel kommen aus dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2007.“

Zu der Höhe der „Mittel“ und zur Verteilung der zu erwartenden Mehreinnahmen durch die neuen „Business-Logen“ gab es unter dem Vorwand „vertraulich“ keinerlei Informationen. Diese Heimlichtuerei lässt befürchten, dass hier abermals eine größere Menge öffentlichen Geldes dem 1. FC Köln ohne angemessenen Ausgleich zugeschanzt werden soll.

So ist es angesichts der Begründung für den Stadionausbau – ausverkauftes Haus! – geradezu aberwitzig, dass der FC darauf besteht, nur die Hälfte der Stadionmiete zu

zahlen, weil einmal mit ausbleibenden Zuschauern in der zweiten Liga gerechnet wurde.

Die 6 Millionen Euro Verlust aus dem Stadionbetrieb, die nicht zuletzt daher rühren, werden nun womöglich noch aufgestockt durch weitere Hunderttausende, die bei der Mitfinanzierung des Ausbaus fällig werden. Darüber hinaus verpasst hier die Sportstätten GmbH und damit die Stadt ohne Not die Chance, Druck auf den FC auszuüben, einen adäquateren Anteil zum Betrieb des Stadions beizusteuern. Nach dem Motto: Solange der FC in der zweiten Liga nur die Hälfte zahlt, bekommt die Stadt sämtliche Zusatzeinnahmen, die ein Ausbau bringt.

Felix Schulte

■ Verkehrsausschuss

Weniger Platz für Autos, mehr Platz für Menschen in der Stadt

Während zurzeit die erste Baustufe der Nord-Süd-Bahn gebaut wird, und der zweite Bauabschnitt von der Marktstraße zum Rheinufer fast zu Ende geplant ist, beginnen nun die Planungen des dritten Bauabschnitts: In ferner Zukunft soll die Stadtbahn von der Marktstraße oberirdisch über die Bonner Straße bis zum Verteilerkreis Süd rollen. Oberirdisch braucht die Bahn Platz. Diesen - begrenzt vorhandenen - Platz muss sie sich mit Autos, Fahrrädern und Fußgängern teilen. Zurzeit stehen mehrere Modelle zu Diskussion:

Eines davon ist der einstreifige Ausbau der Bonner Straße bis zum Bonner Verteiler, das andere ein durchgängig zweistreifiger Ausbau. Die Verwaltung favorisiert den einstreifigen Ausbau bis zum Gürtel, südlich davon will sie zwei Streifen ausbauen.

Es muss allen Verkehrsteilnehmern möglich sein, auch künftig die Bonner Straße zu nutzen. Mit dem Bau der Nord-Süd-Bahn soll der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Köln qualitativ voran gebracht werden, auch um weniger Autos in der Stadt zu haben. Doch wer dieses Ziel verfolgt, kann keine vierspurigen Straßen in der Stadt bauen. Die logische Konsequenz ist es, nur zwei Spuren auf der Bonner Straße zuzulassen. Es muss Platz sein für Radler, Fußgänger und komfortable Mittelbahnsteige für Nutzer der Straßenbahn.

DIE LINKE. KÖLN wird ihr politisches Handeln in der Frage der Bonner Straße konsequent ökologisch und auf den ÖPNV ausrichten. Ein besonders Augenmerk wird die Verwirklichung von bequemen Mittelbahnsteigen verdienen. Zurzeit herrscht hierzu die Meinung, das sei nicht möglich, da diese zu viel Platz verbrauchen würden. Eine kaum nachvollziehbare Argumentation, wenn doch, so die Verwaltung, auch genug Platz für vier Autospuren ist.

Michael Weisenstein

Schwerpunkte der Fraktion DIE LINKE. KÖLN im Rat der Stadt Köln für 2007

In den vergangenen zwei Jahren gab es zwei Themenblöcke, bei der die Fraktion viel erreicht und bewegt hat.

Antifaschismus (Infostelle, Denkmal für Deserteur, Stelle für Beutekunst) und Erhalt von sozialen Grundrechten (Köln Pass, Lehrmittel für Kinder von ALG II-Bezieher, 6% Ausbildungsquote) bzw. Kampf gegen die Folgen von Hartz IV waren zwei Schwerpunkte.

Daran können wir anknüpfen, wenn wir unsere neuen Schwerpunkte für 2007/2008 entwickeln:

1. Die kommunale Quersubventionierung, die den Haushalt mit 70 Mio. Euro und die Verluste der KVB mit 110 Mio. Euro über Gewinne der Stadtwerke resp. der Rhein-Energie ausgeglichen hat, steht auf dem Prüfstand. Die Bundesregierung, aber auch die EU prüfen Energiepreise und andere Netzentgelte. Die Landesregierung will den § 107 GO ändern und die kommunale Wirtschaftstätigkeit einschränken. Das könnte zu dramatischen Verlusten des Stadtwerke-Konzerns führen. Dass wir eine Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge strikt ablehnen, ist selbstverständlich. Wir sollten aber auch den **Prozess der Kooperation städtischer Unternehmen mit umliegenden Kommunen bzw. kommunalen Unternehmen auf demokratischer und gleichberechtigter Grundlage unterstützen** und weiterhin riskante, undurchschaubare Finanztransaktionen (Messe) kommunaler Unternehmen scharf kritisieren.

2001 ist die AWB zu 49,9% privatisiert worden. Der Trienekens-Skandal hat mit dazu beigetragen, dass die AWB inzwischen wieder zu 100% dem Stadtwerke-Konzern gehört. Eine Re-Kommunalisierung hat stattgefunden. Warum soll dies nicht auch auf anderen Gebieten möglich sein? So sperrt sich die CDU und FDP seit Jahren dagegen, dass die Stadt ihren Aktienanteil von 68,83% bei der GAG erhöhen kann.

Weil wir eine **Re-Kommunalisierung vorantreiben** wollen, halten wir einen Kauf der Bundesanteile am Flughafen Köln/Bonn GmbH grundsätzlich für richtig.

Große Sorgen dagegen bereitet die Entwicklung der KölnMesse. Zu befürchten ist, dass die Messe in naher Zukunft jährlich bis zu 40 Mio. Euro Schulden macht und somit den Haushalt enorm belastet. Die KölnMesse bietet keine öffentlichen Güter für die Kölner an, ist aber von strategisch-wirtschaftlicher Bedeutung und beschäftigt tausende Menschen. Wir werden die Zu-

sammenarbeit mit ver.di und dem Betriebsrat suchen, um die Entwicklung und Zukunft des Unternehmens zu erörtern.

2. Wir sollten in den nächsten Monaten eine Initiative starten, die sich dafür einsetzt, **dass ausgegliederte städtische Unternehmen transparent und durchschaubar werden**. Kommunale Leistungen müssen öffentlich mit den Kölnerinnen und Kölner diskutiert und in den Ratsgremien beraten werden.

Es kann nicht angehen, dass klammheimlich Bäder geschlossen werden sollen oder über die Arbeit der Seniorenzentren in den entsprechenden Ausschüssen überhaupt nicht mehr gesprochen wird, weil die SBK jetzt eine gGmbH geworden ist. Bei der Auseinandersetzung um die Bäderschließung konnten wir uns durchsetzen. Die Schließung ist ausgesetzt. Es wird ein neues Konzeptes über die **Zukunft der Bäder** erstellt. Souverän dieses Verfahrens ist nunmehr der Rat der Stadt Köln und nicht der Aufsichtsrat. Wir werden uns für dezentrale, sozialräumige und schulnahe Lösungen einsetzen und die Zusammenarbeit mit Sportvereinen und Bürgerinitiativen suchen.

3. Ca. 40% der Kölner Bevölkerung verdienen so wenig Geld, dass sie berechtigt sind, geförderte Wohnungen zu beziehen. Der Anteil der Sozialwohnungen ist aber weiterhin rückläufig. Zusammen mit Rot-Grün hat die Fraktion Die Linke.Köln im Dezember 2005 Schwerpunkte zur Umsetzung des **Wohnungsbauprogramms** für Köln beschlossen. An diesem Beschluss halten wir fest und kämpfen um die Umsetzung. Eine Aufweichung des Beschlusses lassen wir nicht zu:

...✚ Mit einem separaten **Investitionsprogramm sollen die 30 Mio. Euro Erschließungskosten für Wohnbaugebiete** bereitgestellt werden, damit die Stadt Investorenmodelle nicht eingehen muss und die Gewinne selber erwirtschaftet. Die Investitionssumme kann durch Bundes- und Landesmittel, aber auch durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer erzielt werden.

...✚ Wohnungen für Menschen mit Behinderung müssen in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Rheinland in größerem Umfang geschaffen werden.

...✚ Investoren müssen an den Erschließungskosten deutlich mehr beteiligt werden.

...✚ Der Beschluss des Rates, dass bei Wohnungsbauprojekten mindestens 25% geförderter Geschosswohnungsbau dabei



sein muss, darf nicht unterlaufen werden. Sondergenehmigungen für Investoren akzeptieren wir nicht.

...✚ Wenn die Stadtverwaltung eine Erbbauregelung derzeit für unpraktikabel hält, müssen neue Formen entwickelt werden, wie die Grundstückspreise gedrückt und Finanzierungsmodelle entwickelt werden, die den Bau von Wohnungen beschleunigen.

...✚ Wir treten für die Entwicklung eines Kölner **Mietnebenkostenspiegel** (Betriebskostenspiegel) ein.

4. Giftzähne bei Hartz IV gibt es noch einige, die wir auf kommunaler Ebene ziehen können, ohne damit unsere grundsätzliche Kritik in Frage zu stellen:

...✚ Wir lehnen 1 Euro-Jobs ab. Zusätzliche Beschäftigung nach der **Entgeltvariante** (sozialversichertes Beschäftigungsverhältnis) können wir akzeptieren, wenn die Beschäftigung über einen längeren Zeitraum (z.B. zwei Jahre) geführt wird und mit Qualifizierungsmaßnahmen verbunden ist. Die ARGE hat diese Stellen jetzt von 1.600 auf 900 reduziert. Langfristig sollen nur 300 Entgeltvarianten bleiben. Das werden wir nicht hinnehmen.

...✚ Wir werden ein konkretes Kölner Projekt für einen **öffentlich geförderten Beschäftigungssektor** entwickeln.

...✚ Wir suchen die Zusammenarbeit mit dem Mieterverein, den Gewerkschaften und den Erwerbsloseninitiativen, um zu erreichen, dass die örtlichen Kosten für die Unterkunft erhöht werden.

...✚ Die Leistungen des **Köln-Pass** müssen weiter ausgebaut werden. In möglichst



vielen städtischen Einrichtungen soll 50% Ermäßigung gewährt werden. Wir prüfen, ob es rechtlich möglich ist, eine 50% Ermäßigung für städtische Gebühren für Köln-Pass-Inhaber durchzusetzen.

5. Tausende von Jugendlichen, insbesondere mit Migrationshintergrund, haben in Köln keine **Chance, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.** Dieses Thema werden wir weiter besetzen und treten dafür ein:

...✚ dass der Ratsbeschluss einer 6%-Quote nicht nur bei der Stadtverwaltung (ab 2007) umgesetzt wird, sondern auch bei den städtischen Unternehmen, insbesondere dem Stadtwerke-Konzern. Dazu wollen wir gemeinsam mit anderen fortschrittlichen und gewerkschaftlichen Kräften im Frühjahr 2008 eine Unterschriftensammlung starten, um sie nach dem 1. Mai dem Oberbürgermeister zu übergeben. Wenn die städtischen Unternehmen ihre Ausbildungsplätze nicht erhöhen wollen oder können, **sollen sie eine überbetriebliche Lehrwerkstatt finanzieren und tragen, um die 6%-Quote zu erfüllen.**

...✚ die Aktivitäten zur **beruflichen Bildung** müssen durch die Stadt Köln besser koordiniert werden. Dazu haben wir auf der Ratssitzung im Mai einen Antrag durchsetzen können.

6. Um den steigenden gesellschaftlichen Vorurteilen und dem anwachsenden Rassismus konstruktiv zu begegnen, werden wir uns dem Thema **Integration** stärker widmen. Wir wollen folgende drei Schwerpunkte hierzu setzen:

a. Wir werden uns bei der Erstellung des Integrationskonzeptes der Stadt Köln verstärkt einbringen. Hierbei werden wir uns dafür einsetzen, dass

...✚ dieses Konzept nicht für die MigrantInnen, sondern mit den Migrantinnen erstellt wird.

...✚ Wir setzen uns dafür ein, dass die interkulturelle Kompetenz der Migrantinnen und Migranten eine viel größere gesellschaftliche Anerkennung erhält, z.B. bei Einstellungen der Stadt Köln und bei der Leistungsbeurteilung an den Schulen.

...✚ Wir setzen uns dafür ein, dass die interkulturelle Kompetenz bei den Beschäftigten der Stadt Köln, insbesondere im Gesundheitsbereich und im Servicebereich, deutlich verbessert wird.

Wir werden einen **Ratschlag zum Thema Integration** zusammen mit der Partei zu neuen, alternativen Integrationsansätze durchführen und hier mit verschiedenen Akteuren der interkulturellen Arbeit zusammenzukommen.

b. Die Grenzen, die Sprachdefizite im Integrationsprozess setzen, sind verheerend. Deshalb werden wir uns in nächster Zeit dafür einsetzen, dass noch mehr und kostenlose Sprachkurse angeboten werden. In diesem Zusammenhang werden wir prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt auch weiterführende (über die Grundlagenkenntnisse hinaus) Sprachkurse zum Beispiel an den Volkshochschulen kostenlos anzubieten oder bei den freien Trägern auszubauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass insbesondere in den OGTS mit einem hohen Migrationsanteil Deutsch als Förderunterricht garantiert angeboten wird.

c. Wir wollen dazu beitragen, dass noch mehr Migrantinnen und Migranten in die kommunalen Geschehnisse und Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden und die Partizipationsmöglichkeiten ausgeweitet werden. Wir unterstützen die Kampagne der LAGA NRW für ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger.

7. Sprachtests und andere Schikanen zur Erlangung des Bleiberechts haben wir verhindern können. Zusammen mit den Flüchtlingsinitiativen werden wir uns dafür einsetzen, dass der Verwaltungsspielraum zur Erlangung eines Bleiberechts vollständig ausgenutzt wird. Ein Schlüssel könnte dazu sein, dass Menschen mit einer Duldung auch eine Arbeit finden und damit die Chance bekommen, dass sie ein Bleiberecht erlangen können. Die Fraktion prüft, ob sie zusammen mit anderen demokratischen Organisation und Parteien dazu eine Kampagne organisiert. Auf unsere Initiative wandten sich der Stadtdirektor und der Direktor des Arbeitsamtes in einem öffentlichen Brief an die Kölner Kapitalisten und machten darauf aufmerksam, dass gedulde-

te Flüchtlinge nicht wie bisher unter die Vorrangprüfung des Arbeitsamtes fallen.

8. Die Umsetzung der Offenen Ganztagschule wird im nächsten Jahr zu heftigen Auseinandersetzungen führen. Verschiedene Bauprojekte werden zu spät fertig werden oder unzureichend sein. Dies populistisch zu missbrauchen, wäre wenig konstruktiv, weil die Verwaltung einfach überfordert ist. Eher sollten wir versuchen, konkrete Missstände kurzfristig zu beheben. Das Problem ist, dass wirklich zu wenig Geld vom Land zur Verfügung steht. Hier müssen wir Lösungen finden und dabei auch die Politik der alten und neuen Landesregierung scharf kritisieren. Wir werden uns auch für bessere qualitative Angebote der Ganztagschule einsetzen und qualifiziertes Personal einfordern. Weiterhin ist unser Grundsatz: Bildung muss kostenfrei sein. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft dem Thema der Elternbeiträge in der OGTS widmen und für eine chancengleiche Bildung unabhängig vom Elternhaus eintreten. Da das Steueraufkommen im nächsten Jahr steigen wird, sollte der Landesvorstand der neuen Partei prüfen, ob wir nicht eine Kampagne entwickeln: „NRW muss mehr Geld für die Schulen ausgeben!“ Auch kommunale Finanzierungsmöglichkeiten müssen wir prüfen.

9. Die Ratsfraktion und Vertreter in den Bezirksvertretungen werden zusammen mit den Stadtteilgruppen der Kölner Linkspartei Stadtteilbegehungen durchführen und im Laufe des nächsten Jahres die drei größten Mängel bzw. Probleme im jeweiligen Stadtbezirk zusammenstellen. Gemeinsam mit der Fraktion und den BV-Vertreterinnen und Vertretern soll dazu ein Handlungskonzept entwickelt werden.

10. Nachdem der Regierungspräsident den Kölner Haushalt genehmigt hat, können jetzt die Haushaltstitel:

...✚ Infostelle gegen Rechts

...✚ Denkmal für Deserteure

...✚ Stelle für Beutekunst

umgesetzt werden. Ein Fraktionsmitglied arbeitet in einem offenen Arbeitskreis mit, der Vorschläge für die Umsetzung des Beschlusses zur Errichtung eines Denkmals für Deserteure erarbeitet.

Die Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass bei der Infostelle gegen Rechtsextremismus ein Beirat gebildet wird, dem auch antifaschistische und antirassistische Organisationen angehören. Ein solcher Beirat könnte somit Aktivitäten gegen Rechts koordinieren.

Fraktion und Vorstand der Linkspartei sollten Verantwortliche benennen, die sich dafür einsetzen, dass sich in Köln zur Kommunalwahl ein breites Bündnis gegen „Pro Köln“ und andere rechtsextreme Gruppen bildet.

29. August 2007

Mittwochskreis der Fraktion DIE LINKE.
im Rat der Stadt Köln

DIE LINKE. KÖLN von wichtigen Informationen ferngehalten

Die Arroganz von CDU, SPD, den Grünen und der FDP in Sachen Aufsichtsratsreisen und Ausschussreisen war auf der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses doch noch zu überbieten. Die vier großen Parteien brachten einen Antrag ein, der vorsah, eine Studienreise nach Rotterdam durchzuführen. Die Kosten sollten die Mitreisenden selber zahlen. Soweit keine Einwände. Der Antrag sah aber vor, dass nur ein begrenzter Teil des Ausschusses mitfahren durfte. Die Sachkundigen Einwohner, also die Vertreter der LINKEN, des Kölner Bürgerbündnisses und Frau May waren ausgrenzt.

Jörg Detjen stellte für die Fraktion DIE LINKE. KÖLN klar, dass die Ausgrenzung der Sachkundigen Einwohner ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung darstellt. Ob ein Sachkundiger Einwohner stimmberechtigtes Mitglied ist, kann dabei nicht ausschlaggebend sein. Aufgrund dieser Gegebenheiten haben Detjen, Müser und May die Rechtmäßigkeit dieses Beschlusses angezweifelt und Verwaltung und Oberbürgermeister aufgefordert, den Beschluss zu überprüfen.

Inzwischen befassen sich der Oberbürgermeister und der Regierungspräsident

mit einer Eingabe der Fraktion DIE LINKE. KÖLN, des Kölner Bürgerbündnis und von Frau May.

Die Drei stellen in einem Brief an den Regierungspräsidenten fest: „Wir haben auf dieser Sitzung deutlich gemacht und möchten das auch auf diesem Weg noch einmal ausdrücklich bekräftigen, dass wir uns diskriminiert fühlen. Auch wenn wir nicht stimmberechtigt sind, sind wir doch Mitglieder des Ausschusses und haben sehr wohl das Recht, uns zu informieren und die Entscheidungen des Ausschusses durch unsere Arbeit, Fachkenntnis und Argumente zu beeinflussen. Durch den Beschluss des Ausschusses ist dieses Recht beschränkt und der Gleichheitsgrundsatz ausgehebelt worden.“

Wir monieren insbesondere, dass die vier großen Fraktionen die Kreise, aus denen sich die Teilnehmer der Exkursion zusammensetzt, gezielt so gewählt haben, dass nur Mitglieder ihrer Fraktionen an der Veranstaltung teilnehmen können und andere Mandatsträger garantiert außen vor bleiben. Dies verstößt selbstverständlich gegen jegliche demokratische Grundprinzipien.“

Jörg Detjen



Kulturcafé – ein Erinnerungsort für Ehrenfeld

Am Samstag, 15. September lud die Ehrenfelder Initiative „Erinnerungsort Bahnbogen“ zu einer Veranstaltung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus – Leben und Überleben in Ehrenfeld“ ein. Auf ihr waren auch zwei ehemalige Zwangsarbeiter aus der Ukraine anwesend, die zur Zeit auf Einladung der Stadt in Köln sind. Ziel der Initiative ist es, ein Kulturcafé in einem der alten Bahnbogen einzurichten, als einen Ort der Erinnerung mit Dauerausstellung und Veranstaltungen, aber auch als internationalen Treffpunkt für den Stadtteil. Der Bezirksbürgermeister Josef Wirges sprach auf der Veranstaltung und unterstützt das Projekt ebenso wie die Projektgruppe Messelager im Verein EL-DE-Haus.

Ulrike Bach

Wahlstift statt Wahlcomputer?

Auf Initiative der Linksfraktion wird die Verwaltung prüfen, ob in Köln der digitale Wahlstift eingeführt wird. Bei einem Brand in einem niederländischen Werk waren fast zwei Drittel der Kölner Wahlcomputer verbrannt und müssen nun ersetzt werden. Daraufhin bat die Linksfraktion die Verwaltung zu überprüfen, ob der bereits in Hamburg und Rheinland-Pfalz getestete Wahlstift nicht eine Alternative für Köln sei. Dieser wäre wahrscheinlich kostengünstiger und sicherer als die bisherigen Wahlgeräte. Ordnungsamtsleiter Kilp bestätigte, dass der auch von „Mehr Demokratie e.V.“ empfohlene Wahlstift gerade bei komplizierteren Wahlen durchaus Sinn macht. „Würde diese Technik flächendeckend auch in NRW eingeführt, wäre die Behauptung entkräftet, dass man Kumulieren und Panaschieren hierzulande nicht als Wahlrecht einführen kann, weil die Stimmenauszählung zu aufwändig ist“, so Daniel Schily, Landesgeschäftsführer des Mehr Demokratie e.V. *HP Fischer*

...✚ Mit dem digitalen Wahlstift kann der Wähler seine Kreuze auf traditionelle Weise auf einem Stimmzettel machen. Dabei registriert der Stift über eine eingebaute Kamera automatisch, wo auf dem speziell gerasterten Stimmzettel-Papier der Stift aufgesetzt wurde. Nachdem der Wähler seine Kreuze gemacht hat, wirft er seinen Stimmzettel in die Wahlurne, gibt jedoch zusätzlich auch den digitalen Wahlstift beim Wahlvorstand ab. Dieser speichert die Daten anonym auf einem Computer, bevor der nächste Wähler den Wahlstift nutzt.

Belegschaft der Städtischen Bühnen macht sich Sorgen wegen der Generalsanierung

Das hat schon Tradition: Der Personalrat der Bühnen hatte auch die Fraktionen im Rat zur Personalversammlung für den 14. September eingeladen. Hauptthema war die Generalsanierung und der Neubau von Oper und Schauspielhaus.

Der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen machte für DIE LINKE. KÖLN deutlich, dass die Fraktion zu ihrer Zustimmung zur Generalsanierung stehe. Man wolle gemeinsam mit der Belegschaft, dem Personalrat und der Verwaltung „an einem Strang ziehen“ und dafür sorgen, dass das Projekt erfolgreich abgewickelt wird. Bei lebhafter Unterstützung des Personals wandte sich Detjen gegen die erneuten Überlegungen der CDU, Teile der Spielstätten auszulagern: „Da waren wir uns auf einer der letzten Personalversammlungen einig, dass wir das nicht wollen.“ Damit war das Thema vom Tisch. Ob die CDU sich noch mal traut? Man wird sehen. *Jörg Detjen*

KiBiz – CDU und FDP zeigen sich selbst den Vogel – in NRW und im Kölner Rat

Zwei Tage vor der großen Demonstration von Betroffenen der Kindertagesstätten und ihrer Träger plustert sich die FDP zur großen Opposition in NRW auf: „Die FDP zieht Konsequenzen aus der katastrophalen Anhörung zum umstrittenen Kinderbildungsgesetz (KiBiz) und will den Gesetzentwurf gründlich überarbeiten“ (KStA, 13.09.07).

So macht man das also bei der FDP: erst präsentiert man zusammen mit dem Koalitionspartner CDU das „moderne“ Gesetz. Und wenn die Betroffenen dagegen Sturm laufen, plustert man sich als Opposition auf. Das ist die „Freiheit“ der FDP. Sie ist dafür und dagegen.

Das Gesetz erinnert dabei nur von der Aneinanderreihung der Buchstaben an den stolzen Kiebitz, den metallicfarbenen Cadillac der Vögel. Tatsächlich ist es aber ein übergewichtiger Koloss. Was sollen die Kindertagesstätten nicht alles stemmen:

Sprachstandsfeststellungsverfahren und Sprachförderung, kontinuierliche Evaluation, ständige Weiterqualifizierung des Personals, die Dokumentation des Bildungsprogramms jedes einzelnen Kindes, die Darstellung über die Durchführung des Qualitätsentwicklungsprozesses und integrative Erziehung und Bildung. Dazu kommen die Forderungen nach der Vernetzung mit anderen örtlichen Stellen, die Zusammenarbeit mit benachbarten Grundschulen und schließlich die Bildung von Familienzentren.

Und das alles sollen die Kindertagesstätten leisten nicht mit mehr Geld, sondern insgesamt mit weniger Geld. Die großartige Geste der Landesregierung, die Landeszuschüsse für diesen Bereich von 852 Mio Euro auf 959 Mio Euro anzuheben, übersieht gerne die Kürzung der Zuschüsse für die Kitas im laufenden Haushalt um 190 Euro, den Wegfall des Defizitausgleichs und die Fixierung der Elternbeiträge auf 19%.

Dazu kommt die Kontingentierung von Öffnungszeiten pro Kita von 25, 35 und 45 Stunden pro Woche und die Abrechnung pro Kind. Auf diese Weise wird sich die Fi-

nanzierung einer Kindertagesstätte ständig ändern - je nach der augenblicklichen Anzahl der Kinder. Kindertagesstätten und ihre Träger verlieren so ihre finanzielle Stabilität und damit auch die Sicherheit für qualifiziertes und gut bezahltes Personal. Kleine Einrichtungen werden hier kaum mithalten können, und auf Eltern und

tion fördert die Entwicklung sozialer Kompetenz und wirkt präventiv sozialer Ausgrenzung entgegen. Nur in begründeten Einzelfällen, wenn die Art der Behinderung oder die räumliche oder personelle Ausstattung der Einrichtung eine integrative Betreuung nicht zulässt, sollte von der integrativen Förderung abgesehen werden.“

Das könnte die Landesregierung glatt aus dem Programm der LINKEN abgeschrieben haben. Und so, wie diese Sätze hier im Gesetz stehen, gelten sie offensichtlich nicht nur für den Elementarbereich, sondern auch für die weiterführende Erziehungs- und Bildungsarbeit, also für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen. Mit Recht muss hier die Frage gestellt werden: Warum haben dann CDU und FDP in der vergangenen Ratssitzung gegen die Anträge von SPD und Grünen und der Fraktion DIE LINKE. KÖLN für mehr Plätze im Gemeinsamen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen gestimmt? Offensichtlich sind sie gegen den Gemeinsamen Unterricht (GU) und gleichzeitig dafür. Bei der FDP haben wir dieses Prinzip schon kennen gelernt. Durch die enge Verbindung beider Parteien in NRW scheint das nun auch auf die CDU in Köln abzufärben.

Die Geschäftsführerin des Amtes für Diakonie hat auf einer Demonstration der Beschäftigten und Eltern der Kindertagesstätten KiBiz ein Kuckucksei genannt, weil von den Versprechungen der Landesregierung und dem ursprünglich ausgehandelten Kompromiss mit den Trägern im Gesetz kaum mehr etwas übrig geblieben ist.

Die Fraktion DIE LINKE. KÖLN schließt sich den Forderungen der Demonstranten in Köln und Düsseldorf an: Das Gesetz muss grundlegend geändert werden, wenn es nicht ein Kuckucksei bleiben soll. Es darf keine Pro-Kopf-Pauschalen geben. Gruppen- und bedarfsgerechte Öffnungszeiten müssen an die Stelle von kontingentierten Öffnungszeiten treten; und: es darf keine Erhöhung der Elternbeiträge und keine Mehrbelastung der Kommunen geben.

Michael Kellner



Über 10.000 Teilnehmer demonstrierten am Samstag, den 15.9.2007, vor dem Landtag gegen das Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Unser Bild zeigt protestierende Erzieherinnen auf der Kundgebung vor dem DGB-Haus.
Foto und Text: Gunda Wienke

Kommunen kommt eine erhebliche Mehrbelastung zu.

Was den Inhalt des Kinderbildungsgesetzes betrifft, möchte ich an dieser Stelle auf einen Widerspruch aufmerksam machen, der in der vergangenen Ratssitzung deutlich geworden ist. Nach § 8 des Kinderbildungsgesetzes sollen „Kinder mit Behinderungen ... nach Möglichkeit gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung gefördert werden.“

Diese Forderung unterstützt die Fraktion DIE LINKE. KÖLN voll und ganz. Interessant ist dabei die Begründung zu § 8. Dort heißt es ganz allgemein: „Die Integra-

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen



Friedensdemo in Berlin

Am vergangenen Samstag hat in Berlin eine Demonstration gegen eine Verlängerung der Bundeswehreinsätze in Afghanistan unter dem Motto „Frieden für Afghanistan-Keine Bundeswehreinsätze!“ statt gefunden. Ca. 10.000 Menschen haben an der Demonstration teilgenommen und ein Zeichen für den Frieden gesetzt.

Özlem Demirel

Stellenkürzungen gefährden die Arbeit der Schulbibliotheken

In Köln gibt es zahlreiche Schulbibliotheken. Sie erfreuen sich einer großen Beliebtheit besonders von Seiten der Schülerinnen und Schüler. Manche von ihnen müssen nach der großen Pause regelrecht in den Unterricht gejagt werden. Dann sieht man sie mit einem Packen von Büchern unter dem Arm in die Klassenräume schleichen. Und wehe, ein Lehrer oder eine Lehrerin kommt zu spät. Dann haben sie sich bereits in das erste Buch vertieft und sind nur noch schwer für den Unterricht zu gewinnen.

Die Begeisterung der SchülerInnen für ihre „Bibi“ hat viel mit der Arbeit des Personals zu tun. Schon lange vor PISA taten die SchulbibliothekarInnen alles, um Schüler und Schülerinnen zum Lesen zu motivieren. Schon zu Beginn des 5. Schuljahres werden die Klassen in die Bibliothek eingeführt. Sie lernen den Umgang mit der alphabetischen Ordnung, mit Lexika und Handapparat und selbständiges Arbeiten.

Darüber hinaus veranstalten die Schulbibliotheken – oft schulübergreifend – Lesewettbewerbe und Lesenächte. Viele Schülerinnen und Schüler können auf die Dauer diesem Angebot kaum widerstehen, und so ist die „Bibi“ zum Treffpunkt zahlreicher „Leseratten“ geworden - die beste Medizin gegen das von PISA konstatierte mangelnde Leseverständnis von einem Viertel deutscher Schülerinnen und Schüler.

Dies alles kann allerdings nur durch einen besonderen Einsatz des Personals und zahlreicher ehrenamtlich Tätiger geschehen. Bereits in den vergangenen Jahren sind die Stellen in den Schulbibliotheken um 50 % gekürzt worden – von zwei Stellen pro Schulbibliothek auf eine Stelle bzw. zwei halbe Stellen. Nun wird von Seiten der Schulverwaltung eine weitere Kürzung angekündigt. Offensichtlich ist die „Bibi“ in Kreisen der Schulverwaltung gar nicht so beliebt. Seit ein neuerliches Kienbaumgutachten die Streichung von insgesamt zwei

Stellen an den Schulbibliotheken fordert, geht beim Personal der Schulbibliotheken die Angst vor Kürzungen um. Schließlich fand bereits mindestens ein Besuch durch das Schulverwaltungsamt zur Überprüfung möglicher Kürzungsstandorte statt. Es wird sogar gemunkelt, man wolle von Seiten des Schulverwaltungsamtes die Schulbibliotheken am liebsten ganz in die Hände von Ehrenamtlichen geben.

Die Ratsfraktion DIE LINKE. KÖLN ist der Meinung, dass einer weiteren Kürzung des Personals in den Schulbibliotheken ein Riegel vorgeschoben werden muss. Sie hat deshalb eine Anfrage zur Ratssitzung am 18.09. gestellt, um das Schulverwaltungsamt zunächst zu einer Stellungnahme zu den geplanten Kürzungen zu bewegen. Darüber hinaus ist sie der Meinung, dass Kürzungen in diesem Bereich nicht am Rat vorbei beschlossen werden können. Und da ist noch längst nicht das letzte Wort gesprochen.

Michael Kellner